

MUT ZUR GESTALTUNG:

# IMPULSE FÜR EINE STARKE UND ZUKUNFTSFÄHIGE EUROPÄISCHE UNION



## ZUSAMMENFASSUNG

Nach der Bundestagswahl erwarten die Bürgerinnen und Bürger nicht nur Lösungen für Deutschland, sondern auch ein beherztes Eintreten für die Zukunft Europas. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon (13. Dezember 2007) muss die Debatte über die weitere europäische Einigung mit Mut und Entschlossenheit geführt werden. Die Reden des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und des französischen Präsidenten Emmanuel Macron im September 2017 sind wichtige Beiträge zu dieser Diskussion. Nun sind Reformen nötig, mit dem Ziel einer handlungsfähigeren Europäischen Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger schützt und die Zukunft gestaltet. Konkret sollte sich die EU dabei auf die folgenden Prioritäten konzentrieren: die Stärkung des Binnenmarktes, die Arbeitnehmerfreizügigkeit als soziale Säule der EU, die Reform der Eurozone, eine wirksamere Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine weitreichende Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik sowie Schritte zur Stabilisierung und Entwicklung der europäischen Nachbarschaft.

Deutschland und die EU sollten die sich nach den Bundestagswahlen bietende Gelegenheit nutzen, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Eine Zukunft, die sich auf den gemeinsamen Werten gründet: der Würde des Menschen, den Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden sowie den Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität. Denn die Werte und Prinzipien sind die Grundlage der nunmehr über sechzig Jahre währenden Stabilität der Europäischen Union.

Konkret sollte sich die EU auf die folgenden Prioritäten konzentrieren:

## BINNENMARKT DER EUROPÄISCHEN UNION: POLITISCHER MUT STATT VERZAGTHEIT

Die EU sollte auf der Grundlage eines gestärkten Binnenmarktes Globalisierung und Digitalisierung gestalten und den Rufen nach internationaler Abschottung widerstehen.

- Binnenmarktvorschriften müssen besser durchgesetzt werden.
- Die EU sollte die Gestaltung der Digitalisierung intensivieren – durch die Vollendung des digitalen Binnenmarktes.
- Freihandelsinitiativen etwa mit Japan, Australien, Neuseeland, Mexiko oder dem Mercosur sollten vorangetrieben werden.

## DIE ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT ALS SOZIALE SÄULE DER EU

Ein über die Landesgrenzen hinweg durchlässiger, echter europäischer Arbeitsmarkt wäre zutiefst im Sinne der sozialen Dimension der EU.

- Die Grundfreiheiten sind bereits eine soziale Säule der EU. Eine Europäische Arbeitslosenversicherung muss zur grenzüberschreitenden Mobilität beitragen.
- Eine Europäische Arbeitsagentur muss den EU-Bürgern unmittelbar zu Gute kommen.
- EU-Hilfen für Spracherwerb und Mobilität sind gut investiert.

## DIE ZUKUNFT DER EUROZONE: KEIN WÄHRUNGSRAUM ENTSTAND ÜBER NACHT

Es ist unabdingbar, die Eurozone zu einer Stabilitätsunion zu machen. Deshalb müssen zu den während der Krise geschaffenen Regeln und Institutionen weitere Elemente hinzutreten.

- Die Eurozone entwickelt sich zu einer Stabilitätsunion, wenn fiskalische Haftung und politische Verantwortung zusammenfallen. Auf dieser Basis bleiben Solidarität und Subsidiarität zwei Seiten einer Medaille.
- Eine glaubwürdige No-Bail-Out-Klausel erfordert eine Insolvenzordnung für die Staaten der Eurozone und ein geordnetes Verfahren für einen Euroaustritt als ultima ratio.
- Ein zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickelter Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und ein europäischer Finanzminister spielen eine wichtige Rolle als institutionelle Träger der künftigen Eurozonen-Architektur und ihrer Regelbindung und können auch in Krisenzeiten das Vertrauen der Finanzmärkte genießen.
- Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten bleibt eine wichtige Aufgabe für die „wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ (Vertrag von Lissabon).

## FÜR EINE WIRKSAMERE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Ein Bereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger eine stärkere EU erwarten, ist die Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

- Die EU muss angesichts der kritischen Sicherheitslage ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) verbessern.
- Strukturen und Prozesse dürfen kein Selbstzweck sein, sondern müssen der Bereitstellung zusätzlicher, effektiver militärischer Fähigkeiten dienen.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen deutlich mehr Finanzmittel in Verteidigung investieren - und die Beschaffung und Nutzung ihrer Fähigkeiten harmonisieren.
- Für die dringendste Aufgabe der GSVP, das militärische Krisenmanagement in der europäischen Peripherie, bleibt die Europäische Armee als Ziel zwingend.

## MUT ZU EINER WEITREICHENDEN EUROPÄISCHEN FLÜCHTLINGS-, ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Europäische und nationalstaatliche Maßnahmen zur Migrationssteuerung zeigen Wirkung. Dennoch ist mehr europäische Kooperation nötig.

- Der EU-Küsten- und Grenzschutz muss weiter ausgebaut werden.
- An den „Hotspots“, wo der Migrationsdruck am stärksten ist, sollte eine flexible europäische Asylmission eingesetzt werden.
- Das Asylrecht muss weiter europäisiert werden. Es bedarf eines europäischen Asylstatus.
- Die Migrationspartnerschaften mit Drittstaaten sollten weiter vertieft werden.

## STABILISIERUNG UND ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFT

Es liegt im Eigeninteresse der EU, die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung ebenso wie die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der sie umgebenden Länder zu fördern.

- Beim Erreichen wichtiger Fortschritte sollten EU-Beitrittskandidaten vorab von einigen Vorteilen der EU-Mitgliedschaft profitieren.
- Die EU muss eine attraktive Alternative zur Vollmitgliedschaft entwickeln, etwa die Zugehörigkeit zu einem „Europäischen Stabilitätsraum“.
- Reformvorreiter aus Nordafrika sollten einen besseren Zugang zum europäischen Markt, insbesondere zum Agrarmarkt, erhalten.

## IMPRESSUM

### **Herausgeberin**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Telefon: +49 (0) 22 41 / 2 46-0  
Telefax: +49 (0) 22 41 / 2 46-25 91

Klingelhöferstraße 23  
10785 Berlin  
Telefon: +49 (0) 30 / 2 69 96-0  
Telefax: +49 (0) 30 / 2 69 96-32 61  
E-Mail: [publikationen@kas.de](mailto:publikationen@kas.de)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

V.i.S.d.P.: Tobias Bott

### **Konzeption/Redaktion**

Marianne Graumann

### **Layout**

SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln

### **Satz**

Janine Höhle

© 2017 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V,